

# **Vertrag**

## **über Lieferung mobile Verdichter und Gasgenerator zum Antrieb von mobilen Verdichtern**

**Vergabenummer 2026-009**

– nachfolgend als „Vertrag“ bezeichnet –

zwischen der

GASCADE Gastransport GmbH  
Kölnische Straße 108–112  
34119 Kassel,

– nachfolgend: „Auftraggeber“ –

und der

[Name Auftragnehmer]  
[Adresse Auftragnehmer]  
[PLZ und Ort Auftragnehmer]

– nachfolgend: „Auftragnehmer“ –

– Auftraggeber und Auftragnehmer einzeln auch „Partei“ und gemeinsam „Parteien“ –

### **Präambel**

Die EU-Methanregulierung verpflichtet Fernleitungsnetzbetreiber alle durchzuführenden Maßnahmen möglichst Emissionsfrei durchzuführen. Ein mobiler Umpumpverdichter (Anlage) bietet die Möglichkeit arbeiten an Assets mit möglichst geringen Emissionen durchzuführen.

[Leistungsbeschreibung in Übereinstimmung mit der B.1 Leistungsverzeichnis]

### **Vertragsgrundlagen und Rangfolge**

Die Rechte und Pflichten der Parteien werden nachrangig zu den Regelungen dieses Vertrages nebst Anlagen und Anhängen im Einzelnen durch folgende Regelungen bestimmt:

1. Dieser Vertrag
2. Leistungsbezogene Vergabeunterlagen, bestehend aus
  - i) Leistungsbeschreibung (**Anlage B.1**);
  - ii) dem Bieterfragekatalog im Stand bei Eingang der (finalen) Angebote [TT.MM.JJJJ];
3. Allgemeine Einkaufsbedingungen der GASCADE Gastransport GmbH und der mit ihr verbundenen Unternehmen mit Sitz in Deutschland', Ausgabe Januar 2020 <https://www.gascade.de/ueber-uns/lieferanten>) (**Anhang 1**);
4. Preisblatt (**Anlage B.2**);
5. GASCADE Verhaltenskodex für Lieferanten (**Anhang 3**);
6. die für den Leistungsbereich des Auftragnehmers allgemein anerkannten Regeln der Technik;
7. das (finale) Angebot des Auftragnehmers;
8. alle einschlägigen technischen Vorschriften, insbesondere sämtliche relevante DVGW-Regelwerke, Euro-Normen (EN) oder DIN-Vorschriften und einschlägige Richtlinien technischer Verbände (wie z.B. TÜV, DEKRA), VDE- und VDI-Richtlinien, alle einschlägigen besonderen Bestimmungen, technische Vorschriften, Auflagen und Bestimmungen der Fach-, Sicherheits- und Aufsichtsbehörden, der Verbände und Innungen, der Berufsgenossenschaften, die Unfallverhütungsvorschriften einschließlich bestehender bzw. zukünftiger Anordnungen, Auflagen, Nebenbestimmungen der verantwortlichen Behörden
9. die Be- und Verarbeitungs- sowie Anwendungsvorschriften der Hersteller
10. die einschlägigen, zwingenden gesetzlichen Bestimmungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesländer

Die aufgeführte Reihenfolge der Vertragsgrundlagen ist zugleich deren Rangfolge im Falle von Widersprüchen, die sich zwischen den Vertragsgrundlagen ergeben sollten. Ein Widerspruch ist nur dann gegeben, wenn Anforderungen in den Vertragsgrundlagen unterschiedlich definiert sind. Sollte in einer vorrangigen Vertragsgrundlage ein Detail einer nachrangigen Vertragsgrundlage nicht umschrieben oder definiert sein, stellt die fehlende Regelung keinen Widerspruch zur Regelung an nachrangiger Stelle dar. Texte und Zeichnungen in den Vertragsgrundlagen ergänzen sich. Soweit sich textliche und zeichnerische Darstellungen von Leistungen widersprechen, hat die detailliertere Darstellung den Vorrang.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind nicht Vertragsbestandteil, auch wenn diesen nicht explizit widersprochen wurde.

## **Vertragsgegenstand**

Vertragsgegenstand ist die Lieferung **XXX** (nachfolgend auch „Anlage“)  
[Leistungsbeschreibung in Übereinstimmung mit der B.1 Leistungsverzeichnis]

## **Termine**

Die nachfolgenden Termine werden für die vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen verbindlich vereinbart:

Anlieferung: **XXX**

Der Auftragnehmer hat die für die Leistungen vereinbarten Termine einzuhalten.

Die Detailterminplanung sowie die Erfüllung der jeweiligen Lieferungen / Leistungen werden rechtzeitig zwischen Auftraggeber und dem Auftragnehmer abgestimmt.

Der Auftragnehmer wird regelmäßig die Einhaltung des Terminplans selbstständig überprüfen. Er ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen, wenn die Abwicklung des Terminplans gefährdet ist oder die Arbeiten unterbrochen oder behindert werden. Dabei hat er die ihm bekannten Gründe und die voraussichtliche Dauer der Verzögerung anzugeben.

Verletzt er diese Pflicht, kann er aus der Behinderung oder Unterbrechung keine Rechte herleiten und ist zum Schadensersatz verpflichtet, es sei denn, der Auftragnehmer weist nach, dass er die Behinderung oder Unterbrechung nicht zu vertreten hat.

Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten (Teil-)Leistung stellt keinen Verzicht des Auftraggebers auf Rechte oder Ansprüche wegen nicht rechtzeitiger (Teil-)Leistung dar.

## **Pauschale**

Der in dieser Bestellung ausgewiesene Preis ist ein pauschaler Netto-Festpreis und wird für die gesamte Dauer der Leistungserbringung fest vereinbart. Er wird von Lohn-, Materialpreis-, Sozialabgaben- oder Steuererhöhungen und dergleichen nicht berührt.

Der pauschale Netto-Festpreis beinhaltet die Vergütung für alle zur Vertragsdurchführung erforderlichen Leistungen (insbesondere Personal, Material, Hilfsmittel, Fracht, Zoll, Spezialwerkzeuge, Projektbesprechungen sowie die in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen). Dies gilt auch für alle notwendigen Versuchsläufe

und Inbetriebnahmen, soweit diese sinngemäß zur funktionsfähigen und mangelfreien Ausführung der betreffenden Einzelleistungen gehören.

Der Auftragnehmer gewährleistet, den Auftraggeber rechtzeitig und unverzüglich auf erkennbare Risiken, die den Vertragszweck und / oder die Erfüllung des Vertrages oder eines Teiles hiervon gefährden, hinzuweisen.

### **Zusätzliche Ausrüstung (Option)**

Im Fall von hoher Auslastung und/oder gemäß der Auslastungsprognose der vorhandenen Gerätschaften können im Zeitraum bis 1 Jahr nach Erstzuschlag weitere zusätzliche Ausrüstungen des gleichen Typs und gleicher Spezifikation zu den Bedingungen des originären Vertrags zum Angebotspreis beauftragt werden. Nach Ablauf der vorgenannten Gültigkeit für zusätzliche Ausrüstungen kann eine jährliche Anpassung stattfinden, diese ist auf die Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI – Eurostat EU-Staaten) limitiert. Die Option kann bis 3 Jahre nach Erstzuschlag durch schriftliche Abrufenerklärung beauftragt werden.

Es werden jeweils maximal 2 zusätzliche Ausrüstungen der Unterpunkte 4.1, 4.2 und 4.3 bezuschlagt.

### **Zahlung**

Der Auftragnehmer wird die erfolgten Leistungen je Bestellung dem Auftraggeber gegenüber abrechnen. Die Rechnung hat alle gesetzlichen vorgeschriebenen Pflichtangaben nach deutschem Recht sowie die vollständige Bestellnummer des Auftraggebers, soweit vorhanden die Lieferscheinnummer des Auftragnehmers und Details über die erbrachten Leistungen zu enthalten.

Rechnungen haben den Angaben der Bestellung insbesondere hinsichtlich Warenbezeichnung, Preis, Menge, Reihenfolge der Positionen und Positionsnummer zu entsprechen.

Der Rechnung sind Leistungsnachweise und andere Nachweisdokumente (z.B. Abnahmeprotokolle oder Zeitrachweise) beizufügen.

Die Rechnung ist an die in der Bestellung genannte Rechnungsadresse zu übermitteln.

Rechnungen des Auftragnehmers sind innerhalb von dreißig (30) Tagen nach deren Zugang zur Zahlung fällig. Entsprechen Rechnungen nicht den vereinbarten Anforderungen, behält sich der Auftraggeber vor, die Zahlung der betroffenen Rechnung auszusetzen. Zahlungsfristen beginnen erst nach dem Vorliegen von Rechnungen, die den vorgenannten Anforderungen entsprechen.

Insbesondere fehlende Auftrags- oder Auftragnehmernummern oder fehlende Zeit- und Leistungsnachweise führen zur Rechnungsrückgabe und hemmen die Fälligkeit der Zahlungen.

Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich Richtigbefunds der Leistung.

## Zahlungsplan

### Anzahlung

Der Auftraggeber leistet eine Anzahlung in Höhe von **XX** % (maximal 30 %) der vereinbarten zzgl. der gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer nach Auftragserteilung und Erhalt einer vom Auftragnehmer vorbehaltlos erklärten und unterschriebenen Auftragsbestätigung und nur gegen Vorlage einer Sicherheit für die Anzahlung gem. den Bestimmungen dieses Vertrags und entsprechender Berechnung der Anzahlung durch den Auftragnehmer

**XXX**

### Teilrechnung

Der Auftragnehmer ist berechtigt, eine Teilrechnung in Höhe von **XX** % der vereinbarten Pauschalfestvergütung zzgl. der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer *nach Anlieferung des mobilen Verdichters oder spätestens jedoch 30 Tage nach Bekanntgabe der Lieferbereitschaft, wenn die Anlieferung durch Umstände verzögert wird, die der Auftraggeber zu vertreten hat*, zu stellen.

**XXX**

### Schlussrechnung und Schlusszahlung

Der Auftragnehmer stellt nach erfolgter förmlicher Abnahme der Anlage gemäß Protokoll IV der nach diesem Vertrag zur Errichtung der Anlage von ihm zu erbringenden Leistungen dem Auftraggeber eine Schlussrechnung über die für die Errichtung der Anlage vereinbarten Pauschalfestvergütung in Höhe von **XX**%

Der Auftragnehmer hat in der Schlussrechnung sämtliche bereits mit den Teilrechnungen mit Bezug auf die Anlage berechneten Beträge und erhaltenen Zahlungen unter Zuordnung zu den jeweils vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen, getrennt nach Entgelt und Umsatzsteuer sowie unter Berücksichtigung vereinbarter Einbehalte, Vorauszahlungen und ggf. erfolgter Nachträge aufzuführen und insgesamt abzurechnen.

## Sicherheit für die Anzahlung (Anzahlungsbürgschaft; Anhang 4)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 21 Kalendertagen nach Vertragsschluss eine Bürgschaft gemäß dem Muster der Anhang 4 des Vertrages eines in der Europäischen Union ansässigen Bürgen (Kreditversicherer, Bank oder öffentlich-rechtliches Kreditinstitut) in Höhe der für die Anlage vereinbarten Anzahlung zur Sicherung aller Ansprüche des Auftraggebers auf teilweise oder vollständige Rückzahlung der erhaltenen Anzahlungen gegen den Auftragnehmer zu stellen (nachfolgend: „Anzahlungsbürgschaft“), insbesondere zur Sicherung solcher Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer, die sich daraus ergeben, dass der Auftragnehmer eine Leistung erbringt, die - nach den in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen bewertet - nicht der Anzahlung entspricht.

Der Bürge muss zum Zeitpunkt der Stellung der Sicherheit mindestens folgendes Rating haben: ein Moody's Langfrist-Rating von A3; sollte es kein Moody's Langfrist-Rating für den Bürgen geben: ein Fitch-Rating A3; sollte es kein Fitch-Rating für den Bürgen geben: ein Standard & Poor's Langfrist-Rating A3.

Nach Zugang der vertragskonformen Anzahlungsbürgschaft und einer entsprechenden Rechnung des Auftragnehmers, leistet der Auftraggeber spätestens innerhalb der nach diesem Vertrag vereinbarten Zahlungsfrist die für die Anlage vereinbarte Anzahlung an den Auftragnehmer. Stellt der Auftragnehmer keine vertragskonforme Anzahlungsbürgschaft, muss der Auftraggeber keine Anzahlung leisten.

Die Anzahlung ist ab der Wertstellung auf dem Konto des Auftraggebers auf die jeweils nächste fällige Zahlungsforderung des Auftragnehmers zur Vergütung der zur Errichtung der Anlage erbrachten Leistungen nach dem Vertrag anzurechnen (nachfolgend: „Anrechnung“).

Der Auftraggeber hat die Anzahlungsbürgschaft unverzüglich spätestens aber innerhalb von 21 Kalendertagen im Original an diesen zurückzugeben, wenn der Sicherungszweck entfallen ist, insbesondere bei vollständiger Anrechnung der Anzahlung mit weiteren Zahlungen des Auftraggebers zur Vergütung der nach diesem Vertrag zur Errichtung der Anlage durch den Auftragnehmer erbrachten Leistungen, oder nicht mehr eintreten kann. Entfällt der Sicherungszweck teilweise oder kann er teilweise nicht mehr eintreten, so hat der Auftraggeber auf Verlangen des Auftragnehmers unverzüglich die Teilenthftung in entsprechender Höhe zu erklären oder die ursprüngliche Anzahlungsbürgschaft im Original im Austausch gegen eine entsprechend reduzierte Anzahlungsbürgschaft, für die ebenfalls die Bestimmungen dieses Vertrages gelten, an den Auftragnehmer zurückzugeben.

Die Anzahlungsbürgschaft ist eine unwiderrufliche und befristete selbstschuldnerische Bürgschaft und darf nicht auf erstes Anfordern ausgestellt sein.

Die Bürgschaft ist befristet und verfällt am **XXX**. Für den Fall, dass drei (3) Monate vor dem Verfall der Bürgschaft der vereinbarte Eigentumsübergang noch nicht erfolgt ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, Zug um Zug gegen Rückgabe der bisherigen Bürgschaft entweder eine entsprechende Sicherheit an den Auftraggeber zu leisten

oder dem Auftraggeber eine weitere Bürgschaft als Sicherheit für die Anzahlung zu stellen, die nicht vor Ablauf von mindestens weiteren 3 Monaten verfällt.

Die Hinterlegung ist ausgeschlossen.

Die Kosten der Sicherheitsleistung sind vom Auftragnehmer zu tragen.

Ansprüche aus der Bürgschaft verjähren nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Verjährungshemmende Maßnahmen des Auftraggebers betreffend die Hauptforderung oder Vereinbarungen und/oder Verzichte über die Verjährung der Hauptforderung berühren die Verjährung dieser Bürgschaft allerdings nicht.

Für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Bürgschaft gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 („CISG“) und der deutschen Kollisionsregeln. Gerichtsstand ist Kassel.

### **Sicherheit für die Mängelrechte (Anhang 5)**

Zur Sicherung von sämtlichen Ansprüchen wegen allen Mängeln der durch den Auftragnehmer zur Errichtung der Anlage erbrachten Leistungen sowie als Sicherheit für sämtliche Ansprüche wegen erstmals nach Abnahme der Anlage vom Auftraggeber geltend gemachten Erstattungen von Überzahlungen behält der Auftraggeber nach Abnahme von der Netto-Schlussrechnungssumme zzgl. der gesetzlich geltenden USt. einen Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5% der Netto-Schlussrechnungssumme (in ihrer objektiv richtigen Höhe unter Berücksichtigung der gemäß Ziffer 11 geänderten und/oder zusätzlichen Leistungen) ein.

Der Auftragnehmer kann diesen Sicherheitseinbehalt Zug-um-Zug durch Stellung einer unwiderruflichen und befristeten selbstschuldnerischen Gewährleistungsbürgschaft eines in der Europäischen Union ansässigen Kreditinstituts (Kreditversicherer, Bank oder öffentlich-rechtliches Kreditinstitut) in Höhe von 5% der Nettoschlussrechnungssumme zzgl. der gesetzlich geltenden USt. (in ihrer objektiv richtigen Höhe unter Berücksichtigung der gemäß Ziffer 11 geänderten und/oder zusätzlichen Leistungen) gemäß der Muster-Gewährleistungsbürgschaft (Anhang 5) ablösen (Barsicherheitseinbehalt und Gewährleistungsbürgschaft nachfolgend auch: „Gewährleistungssicherheit“).

Die Gewährleistungssicherheit ist nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelrechte des Auftraggebers auf Anforderung des Auftragnehmers an diesen zurückzugeben, es sei denn, dass von der Gewährleistungssicherheit gesicherte Ansprüche des Auftraggebers zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfüllt sind. In diesem Fall ist der Auftraggeber berechtigt, für diese Ansprüche einen entsprechenden Teil des Barsicherheitseinhalts zurückzuhalten bzw. die Gewährleistungsbürgschaft entsprechend teil zu enthaften.

Die Gewährleistungsbürgschaft darf nicht auf erstes Anfordern ausgestellt sein.

Die Bürgschaft verfällt am **XXX**. Für den Fall, dass drei (3) Monate vor dem Verfall der Bürgschaft die Verjährungsfrist für die Mängelrechte des Auftraggebers noch nicht abgelaufen ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, Zug um Zug gegen Rückgabe der bisherigen Bürgschaft entweder eine entsprechende Sicherheit an den Auftraggeber zu leisten oder dem Auftraggeber eine weitere Bürgschaft als Sicherheit für die Mängelrechte zu stellen, die nicht vor Ablauf von mindestens weiteren 6 Monaten verfällt. Die Hinterlegung ist ausgeschlossen.

Die Kosten der Gewährleistungsbürgschaft sind vom Auftragnehmer zu tragen.

Ansprüche aus der Gewährleistungsbürgschaft verjähren nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Verjährungshemmende Maßnahmen des Auftraggebers betreffend die Hauptforderung oder Vereinbarungen und/oder Verzichte über die Verjährung der Hauptforderung berühren die Verjährung der Gewährleistungsbürgschaft allerdings nicht.

Die Gewährleistungsbürgschaft erlischt mit ihrem Ablaufdatum oder mit Rückgabe, was auch immer früher eintritt.

Für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit der Gewährleistungssicherheit gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 („CISG“) und der deutschen Kollisionsregeln. Gerichtsstand ist Kassel.

## Haftung

1. Die vertragliche und außervertragliche Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag für entgangenen Gewinn, entgangene Einnahmen, Produktionsausfall oder Zinsverlust ist ausgeschlossen.
2. In anderen als denen in 1 aufgeführten Fällen ist die vertragliche und außervertragliche Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag auf 110 % des Auftragswerts beschränkt.
3. Die vorgenannten Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse gelten nicht
  - a) im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers oder seiner Verrichtungs- und Erfüllungsgehilfen;
  - b) wenn der Schaden aus der Verletzung oder Tötung einer oder mehrerer Personen resultiert (Personenschäden);
  - c) wenn eine Haftungsbeschränkung aufgrund anwendbarer zwingender gesetzlicher Bestimmungen, etwa im Zusammenhang mit dem Produkthaftungsgesetz, nicht möglich ist;



- d) hinsichtlich Schäden Dritter, die der Auftragnehmer mittelbar oder unmittelbar zu verantworten hat und die der Dritte dem Auftraggeber gegenüber geltend macht;
  - e) für Aufwendungen des Auftragnehmers im Zusammenhang mit einer Nacherfüllung;
  - f) für Aufwendungen des Auftraggebers im Zusammenhang mit einer Selbstvornahme;
  - g) wenn der Schaden auf eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht zurückzuführen ist;
  - h) soweit der Auftragnehmer den Auftraggeber bei Verletzungen geistigen Eigentums Dritter schadlos halten muss;
  - i) soweit der Auftraggeber aus der Bürgenhaftung gem. Mindestlohngesetz bzw. Arbeitnehmerentsendegesetz in Anspruch genommen wird und der Auftragnehmer den Auftraggeber von diesen Ansprüchen freistellen muss und
  - j) sofern und soweit die entstandenen Aufwendungen oder Schäden von einer Versicherung des Auftragnehmers gedeckt sind.
- Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Aufforderung unverzüglich seine jeweils aktuelle Versicherungsbestätigung vorlegen.

4. Die in dieser Klausel Haftung vereinbarten Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse gelten, mutatis mutandis, bei vertraglichen und außervertraglichen Ansprüchen des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber.

## **Inbetriebnahme**

Nach Lieferung der fertiggestellten Anlage wird die Anlage unter der verantwortlichen Anleitung des Auftragnehmers in Betrieb genommen. Der Auftragnehmer wird hierzu die Inbetriebnahmeprozedur erstellen und termingerecht zur Prüfung dem Auftraggeber vorlegen.

Die Inbetriebnahmeprozedur (aussagefähiges Konzept) ist Bestandteil des zu erstellenden Pflichtenhefts.

Die Kosten für das Personal sind im vereinbarten Gesamtpreis enthalten und von den Parteien jeweils selbst zu tragen. Die Kosten für eine vom Auftragnehmer zu vertretende Verlängerung und/oder Wiederholung der Inbetriebnahme sind vom Auftragnehmer zu übernehmen. Kosten für eine vom Auftraggeber zu vertretende Verlängerung und/oder Wiederholung werden vom Auftraggeber getragen. Für die Inbetriebnahme stellt der Auftragnehmer das erforderliche qualifizierte Fachpersonal. Sollte bei der Inbetriebnahme eine unangemessen hohe Fehlerquote festgestellt werden, kann die Inbetriebnahme abgebrochen und der Auftragnehmer zur teilweisen oder vollständigen Wiederholung der Inbetriebnahme aufgefordert werden.

Das Ende der erfolgreichen Inbetriebnahme wird in einem Protokoll festgehalten (Protokoll III). Die Inbetriebnahme bedeutet keine Abnahme im Rechtssinne (§ 640 BGB) oder im Sinne einer vertragsgemäßen Erfüllung.

## **Abnahme**

Es hat eine förmliche Abnahme stattzufinden, die bereits jetzt verlangt wird. Auf andere Weise kann die Abnahme nicht erfolgen, insbesondere nicht durch Prüfungen, Sachverständigengutachten, Fertigstellungsbescheinigungen, Zertifikate oder Arbeitsnachweise oder in Form einer konkludenten oder stillschweigenden Abnahme. § 640 Abs. 2 Satz 1 BGB wird ausgeschlossen.

Die Abnahme erfolgt nach erfolgreich abgeschlossener Fertigstellung aller vom Auftragnehmer geschuldeter Leistungen. Ein Anspruch auf Teilabnahmen besteht nicht.

Sobald der Auftragnehmer die geschuldeten Leistungen vertragsgemäß erbracht hat, wird er den Auftraggeber in Textform hierüber informieren. Die Parteien werden einen Abnahmetermin gemeinsam festlegen. Sind die Leistungen vertragsgemäß erbracht, erteilt der Auftraggeber die Abnahme. Andernfalls ist der Auftraggeber berechtigt, die Abnahme zu verweigern. Das Ergebnis der Abnahme wird in einem Abnahmeprotokoll festgehalten. Sofern sich die Abnahme aus Gründen verzögert die der Auftraggeber zu verschulden hat soll diese nach Ablauf einer Frist von 3 (drei) Monaten nach vollständiger Lieferung gemäß vereinbarter Incoterms erfolgen.

Der Auftragnehmer hat bei der Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und Messgeräte zur Verfügung zu stellen. Die Abnahme wird schriftlich in einem Protokoll festgehalten. Das Protokoll ist von beiden Parteien zu unterschreiben und wird mit der jeweiligen Unterschrift als richtig und vollständig bestätigt.

Der Eigentums- und Gefahrübergang erfolgt mit ordnungsgemäßer Anlieferung gemäß vereinbarter Incoterms des Liefergegenstands beim Auftraggeber. Sofern eine kommerzielle Nutzung vor Abnahme durch den Auftraggeber erfolgt, gelten die Leistungen dieser Bestellung als abgenommen.

Die Zahlung von Rechnungsbeträgen ersetzt nicht die förmliche Abnahme. Der Auftragnehmer hat das Abnahmeprotokoll bei Stellung der Schlussrechnung vorzulegen.

Bitte verwenden Sie zur Abnahme ausschließlich die Formulare, die unter <http://www.gascade.de/unternehmen/lieferanten/> abrufbar sind.

## **Dokumentation**

Technische Dokumentation

Der Auftragnehmer schuldet ohne gesonderte Vergütung die mangelfreie Erstellung der vereinbarten Dokumentation in deutscher Sprache und hat diese bei Abnahme der Leistung vollständig an den Auftraggeber zu übergeben.

Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Schlussrechnung einen Einbehalt in Höhe von **X%** (mindestens 2 %) bis zur Vorlage der vertragsgemäßen Dokumentation durch den Auftragnehmer vorzunehmen.

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das räumlich, inhaltlich und zeitlich uneingeschränkte sowie frei übertragbare und unterlizenzierbare Nutzungsrecht an allen Plänen, Zeichnungen, Grafiken, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, die im Rahmen der Auftragsdurchführung erstellt werden oder zur Nutzung des Werkes vonnöten sind und die der Auftragnehmer entweder selbst angefertigt hat oder von Seiten Dritter hat anfertigen lassen in allen bekannten Medienformen einschließlich elektronischer Medien, Internet und Onlinemedien, auf allen Bild-, Ton- und Datenträgern, zu den vertraglich vereinbarten oder nach dem Vertrag vorausgesetzten Zwecken ein. Der Auftraggeber wird das Nutzungsrecht nicht an einen Wettbewerber vom Auftragnehmer übertragen.

An Arbeitsergebnissen, die der Auftragnehmer individuell für den Auftraggeber angefertigt hat oder von Dritten für den Auftraggeber individuell hat anfertigen lassen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber darüber hinaus ein ausschließliches und unterlizenzierbares Nutzungsrecht ein und hat sich die hierzu gegebenenfalls notwendige Rechteinräumung durch die Dritten zu verschaffen. Vorbestehende Rechte des Auftragnehmers oder von Dritten bleiben hiervon unberührt. Der Auftraggeber wird das Nutzungsrecht nicht an einen Wettbewerber vom Auftragnehmer übertragen.

### **Beschaffenheit der Lieferung / Leistung, Mängelrüge, Rechte bei Mängeln**

Der Auftragnehmer schuldet die Mangelfreiheit der Lieferungen und Leistungen, insbesondere die Einhaltung der vereinbarten Produkt- bzw. Leistungsspezifikationen, sowie darüber hinaus das Vorhandensein vertraglich garantierter Eigenschaften und Merkmale. Der Auftragnehmer steht außerdem dafür ein, dass die Lieferungen und Leistungen dem Stand der Technik und – sofern relevant – dem allgemein anerkannten Stand der Sicherheitstechnik, Arbeitsmedizin und Hygiene entsprechen, mit qualifiziertem Personal erbracht werden und im Einklang mit allen einschlägigen Rechtsvorschriften am Bestimmungsort stehen. Sind Maschinen, Geräte oder Anlagen Gegenstand der Lieferung, müssen diese den Anforderungen der zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung geltenden besonderen Sicherheitsbestimmungen für Maschinen, Geräte und Anlagen entsprechen und eine CE-Kennzeichnung besitzen.

Der Auftraggeber wird, sofern die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht nach § 377 HGB gilt, offensichtliche Mängel gegenüber dem Auftragnehmer innerhalb von zehn (10) Tagen nach Eingang der Ware am Bestimmungsort rügen. Mängel, die

erst später erkennbar werden, wird der Auftraggeber innerhalb von zehn (10) Tagen nach Entdeckung rügen.

Ist eine Abnahme durch den Auftraggeber gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, kann der Auftraggeber die Erklärung der Abnahme verweigern und eine eventuell an sie gekoppelte Abschlagszahlung zurückhalten, wenn die Leistung nicht vollständig erbracht oder mangelhaft ist. Dies gilt auch im Falle eines vereinbarten Abnahmetermins oder einer vom Auftragnehmer dem Auftraggeber gesetzten Frist zur Abnahme.

Der Auftraggeber ist bei Mängeln berechtigt, Nacherfüllung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. Die Wahl der Art der Nacherfüllung wird zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart. Ort der Nacherfüllung ist nach Wahl des Auftraggebers der Bestimmungsort bzw. der Ort der Abnahme, wenn eine solche gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist oder ein anderer Verbringungsort der Ware in Deutschland, soweit dieser dem Auftragnehmer bei Vertragsschluss bekannt war. Der Auftragnehmer hat die zur Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Der Auftragnehmer hat sich bei der Abwicklung der Nacherfüllung nach den betrieblichen Belangen des Auftraggebers zu richten. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, kann der Auftraggeber die weiteren gesetzlichen Rechte bei Mängeln geltend machen.

Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, ist der Auftraggeber zusätzlich zu den vorgenannten genannten Rechten berechtigt, den Mangel auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Eine Fristsetzung ist insbesondere dann entbehrlich, wenn unverhältnismäßig hohe Schäden drohen und der Auftragnehmer nicht erreichbar ist. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Rechte des Auftraggebers aus gesetzlicher Mängelhaftung oder vom Auftragnehmer übernommenen Garantien bleiben unberührt.

Mängelansprüche verjähren in **XX** Monaten (mindestens dreißig (30) Monaten), ausgenommen Stromerzeuger in **XX** Monaten (mindestens achtzehn (18) Monaten), ab Abnahme, es sei denn es gilt eine längere gesetzliche Frist. Ein Verzicht auf Mängelansprüche seitens des Auftraggebers ist nur wirksam, wenn dieser ausdrücklich und schriftlich erklärt ist.

### **Ersatzteilversorgung**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber während der gesamten Laufzeit der gelieferten Anlage, mindestens jedoch für einen Zeitraum von zehn Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Abnahme, auf Anforderung mit gleichen oder für die Anlage kompatiblen Ersatzteilen zu beliefern.

Für den Bezug von Ersatzteilen sowie für Reparaturen gelten die Allgemeinen Einkaufsbedingungen des Auftraggebers.

### **Service Terms und Ersatzteilpreise**

Mit dem Angebot für den mobilen Verdichter ist ein Ersatzteilangebot auf Basis der Herstellerempfehlung für den Betrieb sowie die Verrechnungssätze für Serviceleistungen einzureichen.

Während der Gewährleistungsfrist gelten die angebotenen Verrechnungssätze sowie die Ersatzteilpreise wie folgt: bis 1 Jahr nach der Abnahme des mobilen Verdichters unverändert. Nach Ablauf der vorgenannten Gültigkeit für Verrechnungssätze und Ersatzteilpreise kann eine jährliche Anpassung stattfinden, diese ist auf die Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI – Eurostat EU-Staaten) limitiert.

### **Reaktionszeiten bei Störung**

- Anforderung an Remote-/Telefonischer Support Montag-Freitag: erreichbar innerhalb **X** h nach Störungsmeldung
- Anforderung an vor Ort Service: **XX** h bis Start Fehlerbehebung nach Störungsmeldung

Als Störung gilt: Ein Zustand des mobilen Verdichters, bei der eine ordnungsgemäße Funktionsweise nicht gegeben ist.

Leitung-Servicepersonal Deutschkenntnisse: Muttersprachler (deutsch) oder mind. GER Niveaustufe B2 (deutsch)

### **Schulungserfordernis/ Betriebsanleitung/ Wartungsvorschriften**

Der Auftragnehmer wird adäquates Personal des Auftraggebers in deutscher Sprache so einweisen und schulen, sodass das geschulte Personal die Anlage funktionsgerecht bedienen und einfache Modifikationen durchführen kann. Der Auftraggeber wird die einzelnen Personen für die Einweisung und Schulung benennen. Die Einweisung findet beim Auftraggeber statt. Das Entgelt für die Einweisung und Schulung ist in dem vereinbarten Gesamtpreis enthalten. Eine aktuelle Vorab- / Betreiberdokumentation (Handout/Kurzbeschreibung) muss zur Schulung vorliegen. Die Schulung und Einweisung ist zu protokollieren. Die Terminvereinbarung erfolgt nach Absprache mit der Projektleitung des Auftraggebers.

Die Anlage betreffende technische Unterlagen (notwendige Betriebsanleitung gem. technischer Spezifikation, Ersatzteillisten, Wartungsvorschriften etc.) im Auftragsumfang inkludiert. Die Unterlagen sind in deutscher Sprache zu erstellen und müssen den bestehenden deutschen Normen sowie der Werksnorm des Auftraggebers entsprechen.

### Nachunternehmer

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber vor Leistungsbeginn mitzuteilen, wenn er die Ausführung wesentlicher Teile der Leistungen, die einen Nettoauftragswert von € 80.000,00 übersteigen, an Nachunternehmer übertragen möchte. Mit der Mitteilung ist eine Eigenerklärung des Nachunternehmers vorzulegen, dass kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB vorliegt. Die Ausführung wesentlicher Teile der Leistungen, die einen Nettoauftragswert von € 200.000,00 übersteigen, darf der Auftragnehmer nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers an Nachunternehmer übertragen. **Eine Mitteilung oder Zustimmung ist entbehrlich, soweit der Nachunternehmer bereits im Vergabeverfahren benannt wurde.** Der Auftraggeber kann die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern, insbesondere bei fehlender Eignung oder Leistungsfähigkeit des Unternehmens oder Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach §§ 123, 124 GWB.

Nachunternehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen. Nachunternehmer sind alle rechtlich selbstständigen Drittunternehmer oder dritte Personen, die ohne unmittelbares Vertragsverhältnis zum Auftraggeber im Auftrag und auf Rechnung des Auftragnehmers bestimmte Teile des Auftrags mit einem für die Auftragserfüllung gewissen Gewicht übernehmen und ausführen. Keine Unterauftragnehmer sind (Vor-)Lieferanten des Auftragnehmers oder Unternehmen, die lediglich Hilfsleistungen übernehmen. Nachunternehmer im Sinne dieser Vorschrift sind nur direkte Vertragspartner des Auftragnehmers, nicht Unterauftragnehmer von Nachunternehmern.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Untervergabe an Nachunternehmer sicherzustellen, dass die in diesem Vertrag und seinen Vertragsanhängen geforderten Qualitätsstandards eingehalten werden.

### Anhänge

- Anhang 1 – Allgemeine Einkaufsbedingungen der GASCADE Gastransport GmbH
- Anhang 3 – GASCADE Verhaltenskodex für Lieferanten
- Anhang 4 – Anzahlungsbürgschaft
- Anhang 5 – Gewährleistungsbürgschaft